

In jüngster Zeit wird von Anwohnenden im unteren Kleinbasel vermehrt das Gespräch zum Thema offene Drogenszene mit Politiker:innen gesucht. Im Juni 2023 fand dazu ein Runder Tisch der Anwohnenden der Florastrasse in Kleinbasel statt. Laut Medienberichten liess sich die Polizei so verlauten, dass ein Auftrag seitens Politik fehle.

Nach diversen Gesprächen mit Menschen, die an oder in der Nähe der Feldbergstrasse, Matthäusstrasse oder Klybeckstrasse wohnen, kann zusammenfassend festgehalten werden, dass das Dealen auf der Strasse zwar nicht neu ist, aber laut Angaben der Anwesenden zugenommen hat und für sie eine grosse Belastung darstellt. Abgesehen vom Drogenhandel werden auch der Konsum und nächtliche Streitereien wahrgenommen. Hinzu kommen Befürchtungen, dass durch die Installation von Kameras an der Dreirosenbrücke eine Verlagerung an andere Orte forciert wird.

Es erscheint notwendig, dass Massnahmen ergriffen werden, die sowohl präventiv wie auch nachhaltig fruchten, die sich der Problematik konstruktiv und ohne Polemik widmen, im Sinne der Anwohnenden und Betroffenen. Solange Drogen nicht legalisiert werden, wird es einen Handel geben, der zu Lasten sehr vieler Menschen geht und dem Profit von nur wenigen dient. Bis dahin benötigen wir einen für alle Beteiligten gangbaren Weg im Umgang mit der Drogenszene in Wohngegenden.

Deshalb bitte ich die Regierung, folgende Fragen zu beantworten:

1. Gibt es bezüglich Drogenkonsum und Drogenhandel eine übergeordnete Strategie, an der sich alle Beteiligten orientieren und wenn ja, wer ist dafür verantwortlich?
2. Welche präventiven Ansätze zum Thema Drogen (vor Ort, in Quartiervereinen, in Schulen etc.) werden verfolgt?
3. Wie gewichtet der Regierungsrat die verschiedenen Säulen Prävention, Therapie, Überlebenshilfe und Repression (4-Säulenprinzip) im Umgang mit der Drogenszene in Basel und wie setzt er es um?
4. Wie hat sich der Drogenhandel und der Drogenkonsum in den letzten 10 Jahren im Kleinbasel entwickelt? Bitte um mehrere Indikatoren und Daten, aufgeschlüsselt nach Jahr.
5. Welche sozialpolitischen flankierenden Massnahmen zur Videoüberwachung, wie z.B. aufsuchende Sozialarbeit, setzt die Polizei im unteren Kleinbasel um?
6. Wie gedenkt die Polizei sicherzustellen, dass durch die Videoüberwachung nicht eine Verlagerung von Drogenkonsum und Drogenhandel in andere Teile des Quartiers oder in andere Quartiere geschieht?
7. Analysiert die Polizei Meldungen und eigene Beobachtungen, um die Effekte der Videoüberwachung und anderer Massnahmen zu evaluieren?
8. Wie arbeitet die Polizei mit sozialen Einrichtungen, aufsuchender Sozialarbeit (z.B. Schwarzer Peter), Quartierorganisationen und Kontakt- und Anlaufstellen (K+A) zusammen?
9. Wie gestaltet sich die momentane Auslastung der K+A in Basel-Stadt?
10. Braucht es mehr Mittel, um die neue Szene mit aufsuchender Sozialarbeit besser begleiten zu können?
11. Sind die vorhandenen Kapazitäten und Öffnungszeiten der K+A genügend?
12. Prüft der Regierungsrat zusätzliche Standorte für K+A?

Michela Seggiani